



Gesundheit ist keine Ware

Alle reden von der Krise des Uniklinikums Schleswig Holsteins: Vor dem Hintergrund der Verschuldung, dem Skandal um Organtransplantationen in Kiel und der desolaten Personalsituation treiben der Bildungsminister von Schleswig Holstein Austermann und die CDU die Pläne zur Privatisierung des UKSH voran.

Noch ist unklar, wohin die Reise geht. Der neue Vorstand und der von Austermann als „Sanierer“ eingestellte Scharfmacher Carl Schleifer lassen die Öffentlichkeit über ihre Pläne im Unklaren. Sicher ist, dass Vorstand und Landesregierung massive Einschnitte, Auslagerungen und Entlassungen durchsetzen wollen. Es steht zu befürchten, dass Schleifer seinem Namen alle Ehre machen und versuchen wird, das UKSH teilweise oder ganz zu privatisieren.

Aber was würde eine Privatisierung der Uniklinik eigentlich für die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten bedeuten?

Verschuldung des UKSH

Am UKSH wiederholt sich ein Muster, das aus anderen Bundesländern schon bekannt ist:

Als erstes werden die staatlichen Mittel, die in Krankenhäuser gesteckt werden zurückgefahren. Diese Sparmaßnahmen sind der erste Schritt in einer Abwärtsspirale: Als erstes wird an Stellen gespart, wo es nicht sofort auffällt: Reinigungsfirma, Essen oder ähnliches. Aber bald geht es auch an die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte: massive Einschnitte in den Arbeitsbedingungen, dem Lohn und nicht zuletzt in der Versorgung von Patientinnen und Patienten. Mit „Sachzwängen“ und „Kostenexplosion“ begründen Regierung und Vorstand, was in Wirklichkeit Folge politischer Entscheidungen ist, nämlich der allmähliche Rückzug des Staates aus der Gesundheitsversorgung.

Irgendwann ist die Situation total beschissen: Schlechte Ausstattung, Scheiß Arbeitsbedingungen

und den Bedürfnissen der Patienten kann eh schon lange niemand mehr gerecht werden.

Viele denken an dieser Stelle so wie im Moment in Lübeck – egal was passiert schlimmer kann es nicht mehr werden.

Der Verkauf der maroden Kliniken wird als gangbare Lösung zur Sanierung und Entlastung der Landeskassen propagiert und sogar die Illusion, dass es den Arbeitsbedingungen und der Patientenversorgung gut täte, scheint plötzlich plausibel, weil alle durch das systematische Herstellen des „Privatisierungsdrucks“ weichgekocht sind.

Dieser Ablauf ist gut



dokumentiert für die Privatisierung der Uniklinik Gießen-Marburg sowie des Landesbetriebes Krankenhäuser in Hamburg (mehr Informationen: www.attac.de/marburg und www.ungesundleben.org) In beiden Fällen wurden die Betriebe für einen Spottpreis an private Investoren übergeben. Marburg-Gießen – mit einem geschätzten Marktwert von einer Milliarde Euro – wurde für 112 Millionen an die Rhön-Kliniken verschleudert.

Aber man braucht eigentlich nur Eins und Eins zusammenzuzählen, um vorauszusehen, dass es eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geben wird: Wenn die neuen Besitzer Gewinn machen wollen, werden sie alles dafür tun, alles nicht Profitträchtige zu streichen oder einzuschränken. Das heißt: Entlassungen, Lohnkürzungen, Mehrarbeit, Zeitverträge – aber auch eine schlechtere, an Kostenvermeidung orientierte Behandlung. Blutige Entlassungen und lange Wartezeiten sind die Folge. Die Privatisierung von Krankenhäusern reiht sich ein in einen Rückzug staatlicher Stellen aus Fürsorge und Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger. Jeder soll für sich selbst verantwortlich sein; wer dazu zu schwach, zu alt oder zu krank ist, fällt durchs Netz.

Gesundheit für alle!

Wir denken, dass kostenlose Gesundheitsversorgung für alle hier lebenden Menschen, ob arm oder reich, Deutsche oder Migranten, alt oder jung, eine Selbstverständlichkeit in einer solidarischen Gesellschaft sein muss. Statt Profite für private Konzerne, muss das Wohl der Patientinnen und Patienten und auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zentrum der Gesundheitspolitik stehen. Gesundheit ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht aller Menschen. Gewinninteressen haben dabei nichts zu suchen. Es ist ein Skandal, dass Klinik- und Pharmakonzernen erlaubt wird, der von uns allen finanzierten Solidargemeinschaft riesige Gewinne zu entziehen.

Um uns gegen die Verwirtschaftlichung der Gesundheit zu wehren, müssen wir uns zusammentun! Denn

Wer ist und was will Avanti?

Avanti - Projekt undogmatische Linke hat zur Zeit Gruppen in Flensburg, Kiel, Lübeck, Norderstedt, Hamburg und Hannover. Wir verstehen uns als organisierter Teil der radikalen Linken und gehen davon aus, dass es für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Perspektiven gibt. Wir treten ein für eine sozial gerechte und von jeglicher Unterdrückung befreite Gesellschaft.

Wir streben den Aufbau einer Gegenmacht von unten an.

Avanti ist weder ein Debattierzirkel noch aktionistisch ausgerichtet. Schwerpunkte unserer Arbeit vor Ort sind die Themen Antifaschismus/ Antirassismus, sowie der Kampf gegen den Sozialkahltschlag. Den Großteil unserer Arbeit leisten wir in Bündnissen und Initiativen. SO waren wir z.B. Teil der Kampagne Block G8, die die Massenblockaden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm organisiert hat.

V.i.S.d.P.: M. Schneider, Kiel

gegen den organisierten Widerstand der Beschäftigten und PatientInnen, aber auch Studierenden und der Öffentlichkeit, wird es kaum möglich sein, eine Privatisierung oder ein brutales Sparprogramm durchzusetzen.

Die Lösung kann es nicht sein, Zugeständnisse, also Mehrarbeit oder Lohnverzicht, zu machen, um die Privatisierung abzuwenden. Der Verzicht muss ein Ende haben! MitarbeiterInnen und PatientInnen müssen nicht dankbar für die Existenz des Klinikums in öffentlicher Hand sein, sondern es steht uns zu.

Bremer Verhältnisse schaffen!

Es gibt viele Möglichkeiten, sich zu wehren: von Demonstrationen und Mahnwachen über Volksbegehren bis hin zu Besetzungen und Streiks. Erfahrungen zeigen, dass es möglich ist, Sanierern und Privatisierern Einhalt zu gebieten. So verhinderten Beschäftigte der Dr.-Heines-Klinik in Bremen durch eine Blockade der Eingänge die geplante Begehung durch das Unternehmen Ameos. Geschlossener Widerstand kann vieles erreichen, wenn er mutig und kraftvoll durchgehalten wird.

- Für die Entschuldung des UKSH durch die Landesregierung
- Gegen jegliche Auslagerungen
- Für spürbare Steigerungen von Löhnen und Gehältern
- Gegen Zweiklassenmedizin und Marktorientierung der Gesundheit

Nehmen wir uns, was uns zusteht: Ausgezeichnete Gesundheitsversorgung und würdige Arbeitsbedingungen!

Mehr Infos:

www.avanti-projekt.de